**Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg
für die Haushaltsjahre 2022 und 2023**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom xx.xx.2021

- und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 wird

	2022	2023
1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	91.084.700 EUR	92.712.500 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	97.955.600 EUR	98.132.800 EUR
einem Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag von	-6.870.900 EUR	-5.420.300 EUR
2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	85.646.500 EUR	88.073.900 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	89.812.800 EUR	90.283.000 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	18.406.600 EUR	18.395.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	19.295.200 EUR	19.326.200 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	15.500.000 EUR	16.100.000 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	12.242.000 EUR	2.847.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	10.000.000 EUR	10.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	290,11 Stellen.	288,40 Stellen.

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	350 %	350 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	350 %	350 %
2. Gewerbesteuer	380 %	380 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 10.000 EUR.

§ 5

Soweit Aufwendungen und Auszahlungen nicht aufgrund § 23 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 oder Abs. 2 GemHVO-Doppik übertragbar sind, werden sie mit Ausnahme der Verfügungsmittel, internen Leistungsbeziehungen, Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen und Rücklagen, Zinsen und Tilgung nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik für übertragbar erklärt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

Ahrensburg, den xx.xx.2021

(L. S.)

Michael Sarach
Bürgermeister